

Corine Mauch «gefällt» ihr Gegner

Facebook Stapi-Kandidat Filippo Leutenegger hat mit Zürichs Stadtpräsidentin eine neue Anhängerin

VON DANIEL FUCHS

Politisches Engagement auf sozialen Netzwerken wie Facebook treibt seltsame Blüten: Politiker jagen im Internet «Gefällt mir»-Klicks, fangen dabei aber nicht nur Wähler, sondern sogar ihre Kollegen auf der anderen Seite des politischen Spektrums ein. So staunten Facebook-Nutzer am vergangenen Samstag nicht schlecht, als auf den Profilen von Linkspolitikern stand, dass ihnen die Facebook-Site des FDP-Nationalrats Filippo Leutenegger gefällt. Mit der Sympathiebekundung verlinkt: Leuteneggers Kandidatur für das Zürcher Stadtpräsidium im nächsten Jahr.

Nicht einmal Zürichs amtierende Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) war davor gefeit. Auf ihrem von der Partei bewirtschafteten Profil stand bis gestern Abend zuoberst unter den «Gefällt mir»-Angaben der Name ihres Herausforderers. Das, obwohl weder Mauch noch ihre Helfer den «Gefällt mir»-Button betätigt hatten. «Die Stadtpräsidentin hat Filippo Leuteneggers Facebook-Site nicht aktiv «geliked», sagt Nat Bächtold, Sprecher der Zürcher Stadtpräsidentin.

Keine Absicht Leuteneggers

Unter Leuteneggers «Fans» tauchen auch die SP-Nationalrätinnen Bea Heim (SO), Nadine Masshardt und Evi Allemann (beide BE) auf. Was ist pas-



Hatte zu viele Freunde auf Facebook, nun umso mehr Fans: Filippo Leutenegger. FOTOS: ISTOCK, KEY/MONTAGE: SAS

■ BEHÖRDEN: MANGELNDE KENNTNISSE

Facebook gewährt Schweizer Behörden **relativ selten Auskunft** zu seinen Nutzern. Der Bundesrat macht dazu unter anderem fehlende Kenntnisse der Schweizer Amtsstellen verantwortlich. Nach einer Auswertung von Facebook ersuchte die Schweiz im ersten Halbjahr 2013 **in 32 Fällen** beim US-Unternehmen um Auskunft über dessen

Nutzer. **Nur bei vier dieser Anfragen** rückte Facebook Daten heraus. Mit Verweis auf diese Zahlen wollte Karl Vogler (CVP/OW) in einer Interpellation vom Bundesrat wissen, **was die Schweizer Behörden falsch machten**. Er fragte auch, ob es gesetzliche Änderungen brauche, damit Facebook bei Ereignissen wie «Tanz Dich Frei» in

Bern Auskunft erteilt. Die Kenntnisse der Strafverfolgungsbehörden seien **«noch zu verbessern»**, so der Bundesrat in seiner Antwort. Eine Erhebung habe ergeben, dass die grosse Mehrheit der Gesuche abgelehnt worden sei, weil es **Formmängel** gab oder nach US-Recht – danach richtet sich Facebook – **keine Strafbarkeit gegeben** war. (SDA)

rik Namen wie diejenigen der SP-Politikerinnen auf, sondern auch auf den Sites von Ruedi Noser (FDP) und Natalie Rickli (SVP). «Wenn man sein Profil in eine Site umwandelt, funktioniert das halt so. Wenn einer kein Fan sein will, kann er sich ja unkompliziert abmelden», findet Rickli. Ebenfalls kein Problem sieht Ruedi Noser: Er selber habe während der 1:12-Kampagne Beiträge von Cédric Wermuth auf seinen Facebook-Auftritt verlinkt, in dem er sie «geliked» habe. «Wer das Spiel Facebook mitspielt weiss im Übrigen, auf was er sich einlässt», so Noser.

Nadine Masshardt sieht auch eine Pflicht auf Seiten von Facebook. Sie fände es richtig, wenn Facebook vor dem Upgrade von «Freund» zu «Fan» informieren würde. Eine Anfrage um Stellungnahme bei Facebook blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

So bleibt Facebook-Nutzern, die nicht ungewollt in den Fängen von Politikern landen wollen, der Trost: Unliebsame «Gefällt mir»-Klicks können jederzeit rückgängig gemacht werden. Also: Regelmässig das eigene Aktivitätsprofil danach durchforsten.

[@ ausserdem zum Thema](#)

Screenshots der Facebook-Auftritte von Corine Mauch und Co. sehen Sie online.

«Facebook-Freundschaften sind etwas anderes als «Gefällt mir»-Bekanntnisse.»

Evi Allemann, SP-Nationalrätin aus dem Kanton Bern

siert? Ist der FDP-Nationalrat, der Stapi werden will, auf Klickfang statt Stimmenfang? Die Antwort liegt in einer Änderung, die Leutenegger Ende Woche vorgenommen hat. Bekannte Personen wie Leutenegger haben unverschämte viele Freunde auf Facebook. Erreicht ihre Zahl aber 5000, schiebt Facebook den Riegel. Der Ausweg: Nutzer können eine Site einrichten. Freunde haben sie in der virtuellen Welt dann zwar keine mehr, dafür aber Fans, die ihre Anhängerschaft mit «Gefällt mir»-Klicks zeigen.

Facebook wandelt die ehemaligen Freunde also in Anhänger um, ohne diese vorher zu informieren – was wiederum in deren Profil mit einem «Gefällt mir» auftauchen kann.

«Facebook-Freundschaften sind etwas anderes als «Gefällt mir»-Bekanntnisse», protestiert Evi Allemann, ehe sie auf «Gefällt mir nicht mehr» klickt. Allemann und Leutenegger kennen sich zwar nicht nur virtuell, sondern auch im realen Leben. Für die SP-Politikerin ist ein «Gefällt mir»-Klick aber etwas anderes: Während die «Freundschaft» etwas über das gemeinsame Netzwerk aussage, sei ein «Gefällt mir» ein einseitiges Bekenntnis. «Es suggeriert anderen, dass man aktiv einen Inhalt unterstützt. Ich aber würde Leuteneggers Stapi-Kandidatur nicht unterstützen», so Allemann. Niemals

würde sie von sich aus Leute zu ihren Facebook-Fans hinzufügen.

«Das war gar keine Absicht», so Leutenegger. Im Gegenteil: Leute hätten reklamiert, weil er ihre Freundschaftsanfragen nicht mehr bestätigen konnte.

Kein Einzelfall

In jüngerer Zeit haben mit Filippo Leutenegger gleich drei bürgerliche Politiker ihre Profile zugunsten einer Site geschlossen, weil die Limits ihrer virtuellen Freundschaftskreise erreicht worden waren. So tauchen nicht nur unter Leuteneggers «Gefällt mir»-Rub-

Alt Bundesräte schiessen gegeneinander

Im zweiten Akt eines Dramas, das am 20. November 2013 im Parlament begann, schiessen sich die Alt-Bundesräte gegeneinander. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

Konzepte der Bundesratswahl
Der ehemalige Nationalrat Leutenegger will sich gemäss dem Wahlkampfprogramm engagieren. Er will sich nicht nur um die FDP-Fusion kümmern, sondern auch um die Schweizerische Eidgenossenschaft (S.E.). Leutenegger will sich gemäss dem Wahlkampfprogramm engagieren. Er will sich nicht nur um die FDP-Fusion kümmern, sondern auch um die Schweizerische Eidgenossenschaft (S.E.). Leutenegger will sich gemäss dem Wahlkampfprogramm engagieren.

Bekanntnisse unter Druck
Der «Gefällt mir»-Klick bringt die Bekanntheit der Bundesräte in den Fokus. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

«Kein klares pädagogisches Konzept erkennbar»

«Fall Carlsen» Der «Carlsen»-Vertrag zwischen dem Zürcher Park und dem Zürcher Park ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

Bei der Zürcher Jugendparlamentwahl ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

Die auf einen anderen Jugendlichen einen Schützen geschick, nach dem die Bundesrat für die regionale Entwicklung mit der FDP-Fusion. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

Langfristige Planung
Der Bundesrat hat die FDP-Fusion als langfristige Planung. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

Die Vermittlung der Bundesräte ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

«Die Kosten des Sanierungsplans wären langfristig mittelfristlich effizient.»
Stephan Bernhart, Anwalt

Die Sanierungsplan ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

Wenige Tage später wurde ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

Die Sanierungsplan ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.

Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik. Die Diskussion über die FDP-Fusion auf dem Höhepunkt der Wahlkampfphase ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Schweizer Politik.